



Dorothea Kerschgens
Vorstand

Rede bei der Hauptversammlung der Commerzbank am 15. Mai 2009

Starten will ich mit einer positiven Erfahrung mit der Commerzbank.

In der HV vom Mai letzten Jahres fragte Frau Kramer nach Uranwaffen, die die Commerzbank im Rahmen eines Internationalen Bankensyndikats an das Unternehmen Alliant Techsystem vergab. Diese sind eine der größten Produzenten von Uranwaffen.

Diesbezüglich erhielt die Commerzbank schon im Dezember 2007 ein Schreiben mit der Bitte um Klarheit. In der HV bekannte Herr Müller nichts von diesem Geschäft zu wissen, versprach aber eine Antwort. Nach nochmaliger brieflicher Erinnerung kam im August 2008 von Martin Blessing eine sehr ermutigende Antwort:

„Uns ist bewusst, dass Finanzierungen im Zusammenhang mit Waffen neben dem üblichen Bonitätsrisiko grundsätzlich auch Reputationsrisiken beinhalten können. Vor diesem Hintergrund stellen wir daher gegenwärtig eine „**Waffenrichtlinie**“ fertig, die uns in Zukunft als Leitlinie bei Finanzierungen im Rüstungsbereich dienen wird.“ Und an späterer Stelle heißt es: „Wir wollen solche Geschäfte nicht mehr begleiten“. Dies ist ein Wort Herr Blessing! Und ich danke Ihnen im Namen der Initiativen, die sich um Uranwaffen seit Jahren bemühen und darüber hinaus im Namen derer, die sich seit Jahren um Friedensfragen kümmern.

Nun meine Fragen:

- Wie lauten Ihre Waffenrichtlinien?
- Wo können wir darüber nachlesen?
- Was hat sich geändert zu Ihrer bisherigen Praxis außer dem Verbot Uranwaffen geschäftlich zu begleiten?
- Welche Länder oder Produkte werden in Zukunft ausgeschlossen?
- Gilt dies insbesondere auch für die neuen Streubomben oder „intelligente Submunition“, wie einer der Hersteller die Smart 155 genannt haben möchte?

Nachdem Sie Herr Blessing und dies hat sich sicher unter der Ägide von Herrn Müller schon abgezeichnet mutig zu Waffenrichtlinien bekennen, ist es sicher hilfreich, sie in der Öffentlichkeit auch bekannt zu machen und dies für Ihre Reputation zu nutzen. Außerdem könnten Sie sich damit gegenüber anderen Banken positiv absetzen.

Ein wenig erfreuliches Kapitel, das ich jedes Jahr anspreche, ist Ihre Haltung

gegenüber der **Klage von Khulumani**, der Vertretung von Apartheidopfern in New York. Seit Jahren wurde von Herrn Müller und seinen Vorgängern die Aussage in der HV getroffen, wie hilfreich die von Ihnen aufgelegten Anleihen für die Bevölkerungsmehrheit in Südafrika waren. Es war die Rede von Soweto und dessen Elektrifizierung. Weil ich aber schon seit 1976 Solidaritätsarbeit zu Südafrika mache, weiß ich es anders. Aus meinen Unterlagen geht hervor, dass Anleihen in MRD Höhe zu Gunsten von ESCOM gingen, dem halbstaatlichen Energiekonzern. ESCOM sorgte zwar auch für den Ausbau der Elektrifizierung im Land, auch den von Soweto, unternahm allerdings auch den Betrieb von Koeberg, dem ersten Atomkraftwerk. Finanzierung für ESCOM bedeutete also auch Unterstützung Südafrikas bei der Anschaffung nukleartechnologischer Infrastruktur. Andere Anleihen der Commerzbank gingen an ISCOR Iron and Steel Industrial Corporation, die besonders auch für die Rüstungsindustrie Südafrika arbeitete. Ich könnte noch andere Beispiele nennen.

Inzwischen ist die Klage in ein neues Stadium getreten, denn Richterin Scheindlin hat am 08.04.2009 die Klage zulassen. In Deutschland sind davon in erster Linie Daimler und Rheinmetall betroffen.

Ob die Commerzbank wirklich von der Klage ausgenommen sein wird, ist derzeit noch nicht endgültig entschieden. Auch wenn dies der Fall sein sollte, ist die Commerzbank aus Sicht von Khulumani und uns, den europäischen Unterstützern, moralisch verantwortlich für die Auswirkungen Ihrer damaligen Geschäfte.

Die Klagezulassung spricht erstmals auch von sekundären Unterstützern. D.h. Sie können in Zukunft belangt werden, falls Sie wieder mit Unrechtsregimen wie der Apartheidregierung in den 70 er bis 90er Jahren kooperieren. Denn die anhängige Klage über Begünstigung von Menschenrechtsverletzungen wird über den konkreten Fall hinaus Bedeutung erlangen.

Meine Fragen dazu:

- Ist für Sie als Commerzbank die Klage von Khulumani erledigt?
- Gilt dies ebenso für die Dresdner Bank, die in gleichem Maße für Südafrika unterstützend tätig war wie die Commerzbank?

Zur **Finanzkrise**. Herr Blessing, Sie haben als zweite Privatbank in Deutschland staatliche Hilfe im November 2008 in Anspruch genommen. Es war zunächst von 8,2 MRD € die Rede, die Sie aus dem SOFFIN, dem Bankenrettungsfonds, abschöpfen wollten, später von weiteren 10 MRD €.

Dies war mutig, denn die finanzielle Unterstützung des Staates war an Auflagen gekoppelt. Sie selbst mussten eine gehörige Einbuße Ihres Gehaltes in Kauf nehmen. Und Sie muten Ihren Aktionären auch zu, dass in diesem Jahr die Dividende ausbleibt. Nun haben Sie in Ihrer Rede schon Stellung zur Finanzkrise genommen. Aus meiner Sicht bleiben aber noch Aussagen offen und deshalb frage ich Sie:

Auf der Website der Schweizer Tochter Ihres Instituts wurde geworben mit „sehr interessanten Steuervorteilen“ um wohlhabende Privatanleger aus dem Ausland. Dies liest sich doch sehr stark nach Werbung für Anlagen wegen der Vorteile in Steueroasen.

Meine Fragen:

- welche konkreten Fehler machte aus Ihrer Sicht die Commerzbank in der Vergangenheit?
- Wann erkannten Sie, dass Investmentbanking mit hohen Risiken verbunden ist und ab wann steuerten Sie dagegen?
- Wie wollen Sie diese Fehler in Zukunft vermeiden?
- Wie hoch ist Ihre Eigenkapitalrendite zur Zeit?
- Haben Sie die oben genannte Werbung beendet und nicht nur die Werbung auf der Website, sondern diese Art von Anlageberatung?
- Stimmt es, dass Sie den Wert Ihrer „Toxischen Papiere“ mit ca 30 MRD € bezifferten?
- und was meinten Sie, als Sie vor kurzem sagten, Sie wollen sie „möglichst schonend“ bereinigen?

Aus dem Artikel der FR vom 9. Mai diesen Jahres entnahm ich, dass Sie ab 2012 einen Gewinn von mehr als 4 MRD € und eine Eigenkapitalrendite vor Steuern von über 30% erwarten. Damit wollen Sie die Erwartung der Eigenkapitalrendite der Deutschen Bank von 25% noch toppen.

Ich halte dies für äußerst unseriös und frage:

- Wie können Sie dies vertreten, wenn schon die bisherigen Renditen durch dubiose Geschäfte erreicht werden konnten?

Graf Krockow hat schon im Juli letzten Jahres, also noch vor der großen Clash gewarnt, die Eigenkapitalrendite zu hoch zu schrauben.

Allein durch einen Stellenabbau von 3.500 auf 1.600, vor allem in ausländischen Sparten, kann dies nicht erreicht werden.

Zur Übernahme der Dresdner Bank durch die Commerzbank.

Im September 2008 war von 9 000 Bankern, die ihre Stelle bei einer Übernahme verlieren können, die Rede.

Inzwischen wird von „nur noch“ von 2.200 Stellen gesprochen, die eingespart werden müssten.

Meine Frage:

- Können Sie garantieren, dass über die 2.200 Menschen hinaus nicht noch mehr ihren Arbeitsplatz verlieren?